

Bessere Bildungschancen durch Familiengrundschulzentren

Michael John, Transfermanager bei der *Wübben Stiftung Bildung* erläutert, wie sich mit Familiengrundschulzentren herkunftsbedingte Bildungsungleichheit reduzieren lässt.

Ann-Kathrin Bielang

22.05.2023 Lesezeit 5 min

In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen Herkunft ab. Um das zu ändern, müssen Familien besser unterstützt werden. Denn besonders im Grundschulalter haben Eltern einen wesentlichen Einfluss auf den Bildungserfolg ihrer Kinder.

Redaktion: Herr John, junge Menschen beginnen ihre Schullaufbahn mit sehr unterschiedlichen Startchancen. Welche Defizite wirken sich aus Ihrer Sicht besonders negativ aus?

Michael John: Wir konzentrieren uns als Stiftung auf Schulen in sozialen Brennpunkten. Hier wird sehr deutlich, mit welchen Benachteiligungen Kinder oftmals in ihre Schullaufbahn starten. Fehlende Vorläuferfähigkeiten, Armut, Gewalterfahrungen, sprachliche Defizite, sozial emotionale Förderbedarfe sind ein Ausschnitt vielfältiger Problemlagen der Familien. Viele Kinder an Schulen in sozialen Brennpunkten waren nicht im Kindergarten. Sie haben keine Erfahrung darin, im Stuhlkreis zu sitzen, zuzuhören, wenn vorgelesen wird, zu basteln, zu malen, kleine Aufgaben zu übernehmen. Viele von ihnen beherrschen die deutsche Sprache nicht, haben noch nie einen Stift in der Hand gehalten und bewegen sich erstmals in einer Gruppe gleichaltriger Kinder. Ein Unterricht nach normalem Lehrplan ist selten möglich. Gerade diese Schulen, in denen sich die Notlage eines Stadtteils unmittelbar widerspiegelt, benötigen die größte Unterstützung.

Redaktion: Wie funktioniert das Konzept Familiengrundschulzentrum und was soll es leisten?

John: Als Familiengrundschulzentrum öffnet sich eine Schule für die Eltern und den Stadtteil und entwickelt sich zu einem Ort der Begegnung, Beratung und Bildung für Kinder und ihre Familien. Die verschiedenen, insbesondere präventiven Angebote an der Grundschule werden gebündelt. Federführend dabei ist die Leitung des Familiengrundschulzentrums - eine zusätzliche Personalressource, die eng mit allen an Schule tätigen Personen und weiteren Kooperationspartnern zusammenarbeitet. Dadurch wird die Schule zu einer Anlaufstelle für Familien und zu einem sozialräumlichen Knotenpunkt, an dem Eltern und Kinder zusammenkommen. So sollen die Erziehungs- und Bildungspartnerschaften gestärkt und die Bildungschancen der Kinder verbessert werden.

Redaktion: Welche Angebote schaffen Familiengrundschulzentren für Kinder und deren Familien?

John: Ein Familiengrundschulzentrum kann und soll hauptsächlich bereits bestehende Angebote bündeln und Angebote aus dem Stadtteil auch an der Schule verfügbar machen. Zunächst ist es dafür wichtig, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen, die oft selbst negative Erfahrungen in der eigenen

Bildungsbiografie gemacht haben. Das passiert durch niedrigschwellige Angebote wie Elternfrühstücke, Elterncafés, Handarbeitskreise. Parallel zu dieser Beziehungsarbeit läuft der Aufbau eines Partner-Netzwerkes und von Kooperationen, zum Beispiel mit Partnern der Familienbildung, Familienzentren in Kitas, Verbraucherzentralen und Erziehungsberatungsstellen. Wichtig bei der Angebotsplanung ist, sich am Bedarf der Eltern zu orientieren.

Redaktion: Wie wird eine Schule Familiengrundschulzentrum?

John: Auf dem Weg einer Grundschule zum Familiengrundschulzentrum sind zwei Prozesse maßgeblich: der Prozess in der Kommune und der innerhalb der jeweiligen Schule. Die ersten Schritte werden auf kommunaler Ebene gemacht: Es müssen zum Beispiel finanzielle Mittel generiert werden, ein Schulterschluss mit der Schulaufsicht stattfinden, die Einbindung des Themas in eine Steuerungsgruppe muss erfolgen, Träger werden eingebunden, mögliche Standorte ausgewählt und im Idealfall findet das Vorhaben Einzug in ein kommunales Gesamtkonzept. Wenn sich die ausgewählten Standorte zu einem Familiengrundschulzentrum entwickeln wollen, ist dies als stetiger Schulentwicklungsprozess zu sehen. Alle Mitglieder der Schulgemeinschaft und alle Menschen, die in ganz unterschiedlichen Rollen und Professionen an der Schule tätig sind, sind in diesen Prozess involviert. Verantwortet wird er von der Schulleitung und der Leitung des Familiengrundschulzentrums, in Abstimmung mit der Kommune. Der Beginn dieses Prozesses sollte auf schulischer Ebene durch einen Schulkonferenzbeschluss besiegelt sein.

Redaktion: Wie können Familiengrundschulzentren nachhaltig in den Kommunen verankert werden?

John: Entscheidend ist, dass Familiengrundschulzentren langfristig finanziell abgesichert werden. Aktuell existieren in NRW lediglich Förderrichtlinien von zwei Ministerien, deren Förderung auf ein Jahr befristet ist. Natürlich sind weiterhin Förderrichtlinien eine Möglichkeit, aber damit die Kommunen und Schulen dauerhaft planen und vor allem Personal beständig binden können, ist eine strukturelle Verankerung notwendig. Nur so kann ein langfristig angelegter, nachhaltiger Schulentwicklungsprozess gelingen. Die Alternative ist, dass Kommunen aus eigenen Mitteln die Zentren finanzieren, aber die wenigsten Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind dazu finanziell in der Lage. Hier ist die neue Landesregierung gefordert. Der Ausbau und die Verstärkung von Familiengrundschulzentren in Nordrhein-Westfalen ist im Koalitionsvertrag festgehalten und versprochen. Darüber hinaus muss unbedingt ein Ausbau der fachlichen Begleitung für Kommunen und Schulstandorte stattfinden.

Redaktion: Aktuell bestehen Familiengrundschulzentren in zwei Bundesländern oder werden dort zumindest erprobt. Welche schulischen und politischen Strukturen sind hierfür notwendig? Und wann ziehen die anderen Bundesländer nach?

John: In Sachsen haben sich die Kommunen Dresden und Leipzig auf den Weg gemacht, Familienschulzentren an Grund- und Förderschulen aufzubauen. Die Kommunen sind diesen Schritt zunächst alleine angegangen und werden nun im Pilotjahr 2023 vom Staatsministerium für Kultus in Sachsen unterstützt. Letztlich zählt auf schulischer und politischer Ebene der Wille, sich gemeinsam auf den Weg zu machen sowie den Mehrwert und das Potential zu sehen. Zudem sind Ressourcen notwendig. Im Idealfall findet ein inhaltlicher und struktureller Schulterschluss zwischen Land, Kommunen und Schulstandorten statt. Weitere Bundesländer tragen sich mit dem Gedanken,

Familiengrundschulzentren zu gründen, hier steht eine Konkretisierung aber noch aus. Dazu zählen Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Baden-Württemberg. Auch aus Berlin erhalten wir Anfragen zum Thema. Wie in Sachsen sind wir bereit, tatkräftig zu unterstützen.

Redaktion: Herr John, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Zur Person

Michael John ist Transfermanager Familiengrundschulzentren bei der *Wübben Stiftung Bildung*.